

Berliner Tageblatt



Nr. 135

und Handels-Zeitung

Samstag, 20. März 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Besprechungen mit den Parteiführern.

Stresemann vor dem Reichsrat.

Montag Erklärungen Cuthers und Stresemanns vor dem Reichstag.

Heute vormittag um 11 Uhr empfingen Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wie vorgehoben, die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Erschienen waren die Abgeordneten Müller-Franken, Wels und Dr. Breitfeld. Um 11 Uhr 30 Minuten empfingen der Kanzler und der Außenminister den Abgeordneten Grafen Westarp als Vertreter der Deutschen Nationalen. Dr. Stresemann gab in beiden Fällen den Parteiführern einen eingehenden Bericht über die Vorgänge in Genf. Eine Stellungnahme der Parteiführer erfolgte nicht. Heute nachmittag um 4 Uhr wird noch als Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung der Abgeordnete Drewig empfangen werden. Damit ist die persönliche Informierung der

Parteien beendet, so daß am Montag die Aussprache im Plenum des Reichstags beginnen kann. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, wird außer Dr. Stresemann auch Reichskanzler Dr. Luther im Reichstag selbst das Wort nehmen.

Gestern abend um neun Uhr trat der **Auswärtige Ausschuss des Reichsrates** zusammen und nahm in einer einstündigen Sitzung den **Bericht des Reichsaußenministers Dr. Stresemann** über die Genfer Tagung entgegen. Eine Debatte über die Stellungnahme erfolgte entgegen anderen Nachrichten in dieser Sitzung nicht.

Heute nachmittag 4 1/2 Uhr findet im Reichstag die von uns angekündigte **Besprechung des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Vertretern des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien** statt, die sich mit den schwebenden Steuerfragen und anderen wirtschaftlichen Problemen, besonders den Handelsverträgen, befassen wird.

Nach dem Volksbegehren.

Von Rudolf Olden.

Vier Millionen Stimmen waren für das Volksbegehren notwendig, weit mehr als die doppelte Zahl — bei der allervorichtigsten Berechnung — haben sich in die Listen eingetragen. Der Erfolg ist also gegeben, das Verfahren geht seinen verfassungsmäßigen Gang weiter, und wenn der Reichstag den von den Antragstellern eingebrachten Entwurf ablehnt, so wird der Volksentscheid angerufen. Wie sich aber dann die Mehrheit des Volkes entscheiden wird, das hängt davon ab, was sich inzwischen im Reichstag ereignen wird. Man hat ein Kompromiß unter den Regierungsparteien gefunden, aber noch steht nicht von allen Fraktionen fest, wie sie sich dazu stellen, auch nicht, ob sich eine Mehrheit im Haus findet. Es ist nicht mehr so viel Zeit, daß eine Verschleppung für irgendeinen der Beteiligten ratsam wäre.

Denen aber, die unbedingt und restlos für die finanziellen Interessen der früheren deutschen Fürsten (einschließlich des Engländers und des Russen) eintreten, muß gesagt werden, daß sie sich verrechnen würden, wenn sie glauben, der Volksentscheid könne nicht doppelt so viel Wahlberechtigte zu dem Einzeichnungslisten bringen, als das Volksbegehren. Sie könnten eine unangenehme Ueberbahrung erleben. Diese Rechnung scheint jetzt so einfach: 20 Millionen sind notwendig, um die entschädigungslose Enteignung durchzuführen. Fast zehn Millionen — vielleicht mehr als zehn — haben nach dem Geheiß der Fürsten abzugeben. Also fehlt es an zehn Millionen Wahlberechtigten, um den fürstlichen Ansprüchen ein rabiales Ende zu bereiten. Aber so einfach diese Rechnung ist, so falsch ist sie.

Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß das glänzende Ergebnis der letzten Abstimmung, die fast dreifache Ueberzeichnung, mit leichter Hand errungen ist, werden ist. Man hat ausgerechnet, daß die Stimmgabe in vielen Bezirken die der Sozialdemokraten und Kommunisten von den letzten Reichstagswahlen übertrafen und erreicht hat. Aber es wäre ein Verstum, anzunehmen, daß es nun gerade nur sozialdemokratische und kommunistische Stimmen waren, die dieses Resultat ergaben. Sondern die Wahrheit ist, daß diese beiden Parteien keineswegs ihren letzten Mann an die Liste gebracht haben. Am letzten Sonntag laß schon fest, daß das Erfordernis des Volksbegehrens über und über erfüllt war. Wozu dann noch den mühseligen und vielfach künstlich erschwerten Weg machen? Für eine bloße Demonstration, die noch dazu im Augenblick zwecklos wäre, stört so mancher nicht gern seine tags bemessenen Freizeiten. Und es war ja auch offensichtlich, daß die beiden antragstellenden Parteien darauf gar nicht ausgegangen sind. Ihre Agitation war am Anfang reger, dann aber laute sie fühlbar ab. Wozu die letzten Kräfte ausgeben, die man später dringender brauchen wird; wozu zweimal die Anstrengung der äußersten Propaganda; wozu doppelt die Kosten einer intensiven Wahlbearbeitung aufbringen? Die Taktik war sehr verständlich, die haushalt und starke Reserven im Hintergrund ließ.

Wenn aber trotzdem die Ziffern der eingetragenen Namen den Wahlzahlen der sozialistischen Parteien in vielen Fällen gleichkamen oder sie übertrafen, so liegt das daran, daß es ganz andere Frauen und Männer waren als „Kote“, die sich jetzt beileben, Einspruch gegen die überspannten und untragbaren Forderungen der früheren Potentaten zu erheben. Man hat nur in ein paar von den Einzeichnungslokalen gehen müssen, um diese Beobachtung deutlich demonstriert zu finden. Es waren höchst bürgerliche Frauen und Männer (und unter ihnen ganz zweifellos ungemein viele Wähler und Wählerinnen der deutschen Nationalen Partei, Leser und Leserinnen der deutschen Nationalen Presse), die dort aufmarschierten, die vielen, vielen Entschädigten, deren Renten keineswegs hundertprozentig aufgewertet worden sind, oder die mit einer allzu geringen Rente dafür abgefunden wurden, daß sie die Arbeitsjahre ihres Lebens oder das Leben ihrer Enkelkinder für das Vaterland hingegeben haben. Die Auslandssoldaten, die ein paar Papiermillionen für eine Farm oder ein blühendes Geschäft bekamen, die Offizierswitwen, die Legion der keinen Kapitalbesitzer, deren Vermögen in dem Mauth der Inflation aufgegangen ist, die alle, denen man Jahre hindurch eingezehrt hat, die Republik sei an ihrem Unglück schuld, und die jetzt einlehen mußten, daß gerade ihre politischen Berater es sind, die mit zweierlei Maß messen, sie alle eilen in Scharen herbei, Protest gegen das einzuwenden, was sie als Ungerechtigkeiten empfinden müssen. Die Presse des Herrn Geheimrat Hugenberg hat sich vergeblich bemüht, ihnen klar zu machen, es sei „Raub und Diebstahl“, wenn die kaiserliche Familie nicht hunderte Millionen Goldmark, wenn mittel-deutsche Herzöge und Fürsten nicht ein Drittel des Territoriums ihres früheren Landes als Privatvermögen zu gesprochen erhalten. Das gekränkte Rechtsgesühl war es noch mehr, was sie zu den Listen trieb, als die Furcht vor der Bedrohung des Volkswohlstands, an dem sie ohnehin persönlich so geringen Anteil haben.

Schon daraus, daß diese sehr staatsverhaltenden Elemente, die von Umsturz himmelweit entfernt sind, besonders stark in die Entscheidung traten, geht hervor, wieviel sozialistische Arbeiter zu Hause geblieben sind, die das nächste Mal einem Parteibefehl die Gefolgschaft nicht weigern werden. Aber es gibt noch eine Mittelschicht, die diesmal fast ganz ausgefallen ist, die aber unter Umständen den Volksentscheid erheblich beeinflussen könnte. Die demokratische Partei, die die entschädigungslose Enteignung nicht befürwortet hat, schon weil sie keine Märtyrer machen will, hat bekanntlich dem Partei-

Das Genfer Ergebnis vor dem Landtag.

Volkspartei gegen „verantwortungslose Oppositionspolitik“.

Für Verständigung — gegen Völkerverhetzung.

Der preussische Landtag überwiegt heute eine Eingabe des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands um Gewährung staatlicher Zuschüsse zu den Pensionen im Bezugsgebiet dem Staatsministerium zur Berücksichtigung mit der Wahlgabe, allgemein in entsprechendem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums ergriff **Hg. Böhme** (Deutschnat.) im Zusammenhang mit dem Antrag des Reichsausschusses aus Rheinland Behaltende von Reichsbauangelegenheiten aus dem Teil des Reiches erscheinen würden, und ob es zuträfe, daß zur Reichsbannertransporte öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt würden. Das letzte Gebiet verdanke dem Reichsbanner nicht (Waldarbeiter links), dagegen vieles den vaterländischen Organisationen. (Zurufe b. d. Komm.)

Hg. Jacoby-Rassau (Zentr.) wendet sich scharf gegen die Angriffe des Redneres auf die Kreise des Zentrums, die dem Reichsbanner nahesteht.

Damit schließt die Einzelberatung; die angebotenen Statistiken werden später zur Abstimmung gelangen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Der Berichterstatter, **Hg. Piech** (Komm.), verweist darauf, daß der Etat des Staatsministeriums einen Aufwuchs von über einer Million erfordert. Der Hauptausstoß habe Einsparungen von 50 800 Mark durch Abstriche vorgenommen, durch die auch der Posten eines Ministerialdirektors für den Reichstag gestrichen wird.

Mit der Vespurgung wird u. a. verbunden die Beratung einer juristischen Großen Anfrage über die **Rückwirkungen des Locarno-Vertrages** und die eines demokratischen Antrages über die **Herabsetzung der Stärke der Befehlsguppen**.

Hg. Weid (Zog.) betont, auch in Preußen müßten wir eine **Reichspolizei unterstützen, die die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund will**. Daß die Aufnahme noch nicht vollzogen ist, bedeutet keinen Zusammenbruch der bisherigen Politik, wie die Rechte und die Kommunisten meinen. Der Gewante ist gesund und muß weitergeführt werden. Wir müssen seine Gewaltpolitik nach innen oder außen. Wir als Vertreter der Arbeiter wollen eine **Politik der Verständigung**. Wir müssen zu vernünftigen Handelsverträgen mit den anderen Ländern kommen. **Der monarchische Scheitern ist nie anders diskreditiert worden als von den Linken** ist, besonders von den Sozialisten. Der frühere Träger der Krone hat seinem Volke nicht die Treue gehalten. (Anrufe und Zurufe rechts.) In einer großen Gefahr ist sich unsere Rechtsprechung entwickelt, die unter dem Prinzip der Nachbarschaft der Richter mehr und mehr zu einer Klassenjustiz geworden ist.

Hg. Bandler (Deutschnat. Vp.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: hätten wir eine Regierung in Preußen, die nicht eine reine Parteiregierung ist, dann dürften wir erwarten, daß die preussische Regierung als die Vertreterin des großen deutschen Landes in einer beratigen Kritik ihren ganzen Einfluß im Reich dahin ausüben würde, daß das das Aufnahmewerk in den Völkerbund so schnell wie möglich rückgenommen wird. (Beif. Zustimmung b. d. Deutschnat.) Dieses Vertrauen haben wir zu dieser Volksregierung nicht. Ich teile diese Erklärung als besondere Form des **Mitbewusstseins** anzuweisen. Die Zurücknahme des Aufnahmewerks hätte schon in Genf erfolgen sollen, als mehrere Vertreter, die zehn Tage lang mit dem Hut in der Hand im Vorzimmer gestanden haben, sich dort überzeugten, die der Geist von Locarno in Locarno selbst ausgehört hat, wo ihre Partner hinter ihrem Rücken bereits Versprechungen gaben, die Deutschen Eintritt in den Völkerbund von vornherein für Deutschland entziehen soll. (Beif. Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Die Deutschnationalen müssen den schärfsten Vorwurf gegen die deutschen Vertreter erheben, die offenbar wieder eigenmächtige Bindungen eingegangen seien. Die ausweichendste Phantasie hätte nicht ein Bild eines solchen Zusammenbruchs der Locarno-Politik ausmalen können, wie es jetzt ersichtlich ist. Den Reaktionen von Antigen würde Deutschland nur verfrüht werden, wenn es in den Völkerbund aufgenommen würde, der eine verheerende Verheerung gegen die Freiheit der Nationen darstellt.

Hg. Grebe (Zentr.): Daß in diesem Augenblick auch in den anderen der Außenpolitik gedacht werden muß, ist selbstverständlich.

Die Stellungnahme der Länder kann aber nur den Zweck haben, die Position des Reiches nach außen zu stärken. Die Auslassungen der „Bayerischen Staatszeitung“ werden zwar von der bayerischen Regierung zurückgewiesen; der **Deutschnationale Vortredner** hat aber auch nicht gerade im Interesse der deutschen Einheitsfront in dieser schweren Zeit gesprochen. (Beif. Zustimmung links und in der Mitte.) Er hat sich die **Edge sehr leicht gemacht**; sein Spöteln war nicht schwer. Er will, daß Deutschland sein Aufnahmewerk in den Völkerbund zurückzieht (Sehr richtig! rechts.) **Was aber dann?** (Beif. Zustimmung.) Man mag über den Völkerbund denken wie man will, durch den langen Krieg sind sämtliche internationalen Beziehungen Deutschlands zerstört worden; durch den Eintritt in den Völkerbund sind diese notwendigen Beziehungen wieder hergestellt worden. Der Redner, dessen Ausführungen in der benannten großen Sitzung des vom Vizepräsidenten Gornich präsidierten Hauses zum größten Teile auf den Zerbröckeln unverständlich bleiben, betont zum Schluß, daß seine Fraktion die jetzige deutsche Außenpolitik unterstützt. Die deutsche Außenpolitik und die preussische Staatspolitik müssen sich ergänzen.

Hg. Dr. Leibig (D. Vp.): Daß Preußen dem Reich in der Besprechung der außenpolitischen Fragen heute voranzieht, muß uns eine besondere Verantwortung und Zurückhaltung auferlegen. **Wir fördern nicht Deutschlands Belange, wenn wir dem Ausland zeigen, daß die einzelnen Länder Deutschlands in der Außenpolitik nicht eine geschlossene Front bilden**, in der der Gegner eine einzige Seite findet. — Dr. Wandler ist in seiner Politik der Schwermüdigkeit, die sich jeder deutschen Politik entgegenstellen, nicht gerecht geworden. (Zur Linken gewendet!) In einer Zeit, in der Deutschland vor so entscheidenden Fragen steht, müssen gegenseitige Vorwürfe aus der Vergangenheit aufhören. Wer jetzt noch, nachdem die deutschen Äußerungen veröffentlicht sind, sagt, daß Deutschland am Kriege schuldig sei, ist entweder ein Landesverräter oder Idiot. Die den Krieg herbeigeführt haben, sind in der Weltgeschichte festgelegt. (Zurufe von kommunistischer Seite.)

Da die offiziellen Erklärungen der Reichsregierung erst am Montag abgegeben werden, ist es fast unmöglich, heute schon ein Urteil abzugeben über das, was in Genf geschehen ist. Die fünfzig Nationen dort haben natürlich nicht deutsche Politik getrieben, sie haben brasilianische und andere gemacht. (Beif. Zustimmung.) Gerade weil ein Mann in so hervorragender Stelle wie der Hg. Wandler hier Erklärungen für die Deutschnationalen abgegeben hat, hätte er sich nicht bloß auf eine Reihe von Urteilen der ausländischen Presse berufen sollen. Man könnte ganz andere Tatsachen aus dem Ausland anführen, wie z. B. das Mittrauensvotum von Lord George gegen Chamberlain, um zu zeigen, daß weder Frankreich noch England in Genf Erfolge aufzuweisen haben. Ich will aber betonen, daß der Locarno-Vertrag vor einem Jahr geschlossen wurde und unsere Politik und Wirtschaft seit einem Jahr darauf eingestellt sind. Wer weiß, wie schwer unser Landwirtschaf leidet, sollte sich fragen, was geschehen wäre, wenn die Politik, die von deutschnationaler Seite empfohlen wurde, wirklich eingeleitet hätte. Ich glaube, daß der schweren wirtschaftlichen Not, in der wir stehen, wäre noch eine dreifach schwerere hinzugekommen. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Die Sicherheit, daß es anders gekommen wäre, haben die Deutschnationalen jedenfalls nicht. **Wenn wir verantwortunglos, eine Politik zu empfehlen, die uns zu diesen zwei Millionen noch andere zwei Millionen hinzugebracht hätte**. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Niemand hat geglaubt, daß wenn wir in den Völkerbund eintreten, wir nur lebensunwürdige Worte hören würden. Nur durch eine sehr geschickte Diplomatie können wir in schwerer Arbeit und einer Stellung schaffen. Den Vorwand dürften wir aber den anderen keinesfalls geben, daß sie Deutschland wieder zum Schuldigen machen. Sollte der Vorwand kommen, daß wir sagen müssen, alles, was wir im letzten Jahr getan haben, ist vergeblich gewesen, so kann es nur Aufgabe der verantwortlichen Reichsregierung sein, diesen Augenblick zu finden. Bismarck und alle anderen Reichskanzler haben stets erklärt, daß in der Außenpolitik nur handeln kann, der alle Zusammenhänge und das Gesamtmaterial kennt. **So sagen wir kennen das Material der Reichsregierung nicht, aber wir mißbilligen es, ist keine Politik, die sich auch eine verantwortungsvolle Oppositionspartei nicht leisten darf**. Wir können auch unmöglich den Ministerpräsidenten ein Mißtrauen ausprechen wegen der Außenpolitik, an deren Spitze unser Parteifreund steht. (Zustimmung.) Ganz gewiß sollen sich die Landtage mit der Außenpolitik beschäftigen, aber in schwierigen Situationen des Reiches müssen wir sagen, daß es Pflicht und Ehrendigkeit Preußens ist, mit dem Reich zu gehen. (Beif. Zustimmung.)